

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M. für auswärts 0,40 R.-M. Die Restzeile im Anschlag an reaktionellen Text 79 mm breit, kostet 2 R.-M. für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühr für Zusendungen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,25 R.-M. wöchentlich 1 R. 15. Kreuzbandendungen: Inland wöchentlich 1,50 R.-M. wöchentlich 1,25 R.-M. Einzelnummer 10 R.-M. Groß-Abnahme 15 R.-M.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: 14 194, 27 981, 27 982, 27 983 • Telegramme: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060

Nr. 189

Dienstag, 14. August 1923

XXXVI. Jahrg.

Erste Auswirkungen der neuen Entente Cordiale

Ungezügelter Sprache der Presse gegen Deutschland — Hoover über Amerikas außenpolitische Ziele — Gewitterstimmung in Agram

Hoovers Programm

Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten

La Palis (Kalifornien), 13. August. (Durch United Press.) Die bereits angekündigte offizielle Nominierung Hoovers zum Präsidentenwahlkandidaten ist hier mit großer Heftigkeit aufgenommen worden. Auf die Ansprache des Senators Moses, in welcher dieser die offizielle Nominierung Hoovers bekanntgab, antwortete der Handelssekretär in einer längeren Rede. In Bezug auf die Außenpolitik betonte er, daß sein erstes und hauptsächlichstes Ziel die Erhaltung des Friedens sei. „Wir hoffen niemand“, führte er aus, „wir haben nicht den Wunsch, territoriale Neuerwerbungen zu machen, und wir wollen niemand militärisch bedrohen. Die Welt wünscht Frieden, und dafür sind zwei miteinander zusammenarbeitende Faktoren gegeben, nämlich der Ausbau des Handels durch weite Öffnung der internationalen Beziehungen und eine genügende Bereitschaft für die Verteidigung des eigenen Landes.“

Hoover wies dann darauf hin, daß die Vereinigten Staaten Militärisches besäßen, um „auf den Krieg als Instrument der nationalen Politik zu verzichten“. Er betonte: „Wir haben den besten Wunsch, mit anderen Nationen für die Sache des Friedens zusammenzuarbeiten. Jedoch hat das amerikanische Volk entschieden, daß es am besten in Zeiten der Ruhe und in Zeiten der Not dadurch Hilfe geben kann, daß es sich von den politischen Verwicklungen der alten Welt fernhält. Aus diesem Grunde haben die Vereinigten Staaten sich geweigert, Mitglied des Völkerbundes zu werden. Aber wir wollen gerne mitarbeiten an den Bestrebungen des Völkerbundes zur Bekämpfung der Wüstungen und zur Förderung des allgemeinen Wohls und der Menschlichkeit.“ Hoover wies weiter auf den Wunsch der Vereinigten Staaten hin, die Wüstungen immer mehr zu beschränken, jedoch müßte eine genügend starke Marinekraft für Verteidigungszwecke und eine den Anforderungen entsprechende Handelsmarine aufrechterhalten werden. „Nur zum Schutze der Vereinigten Staaten“, betonte der Handelssekretär, „und zum Schutze amerikanischer Bürger werden wir bewaffnet. Aber es gibt wohl keinen besseren Beweis, daß wir nur dieses Ziel damit verfolgen, als den, daß wir mehr Leute in Polizeiform als in Soldatenuniform haben, und daß wir der Welt ständig kundtun, daß wir bereit sind, unsere Beziehungen proportional herabzusetzen, wenn andere Gemächte in eine Abstraktion einwilligen.“

Das Echo der Verfassungsfeier

Der „Tempo“ zur Rede Radbruchs

Telegramm unseres Korrespondenten oh. Paris, 12. August

Die Rede, die der ehemalige sozialistische Justizminister Professor Dr. Radbruch anlässlich der deutschen Verfassungsfeier hielt, wird vom „Tempo“ als ein neues gefährliches Anzeichen für die Fortschritte hingestellt, die der Anschlußgedanke gemacht habe. Man glaube offenbar in Deutschland, die Stimmung sei jetzt durch die bisherige Anschlußpropaganda so genügend vorbereitet, daß man es wagen könne, die Anschlußfrage offiziell bei einem so bedeutungsvollen Anlaß, wie der Verfassungsfeier, aufzuwerfen. Um so mehr hält sich der „Tempo“ für berufen, den Diktatoren gute Ratschläge zu erteilen und sie „vor dem Vordringen Deutschlands zu warnen“. Der Anschluß würde in Wirklichkeit ganz anders ausfallen, behauptet das Blatt, als man glauben möchte. Deutschland werde nicht einen Anschluß, sondern eine Annexion Oesterreichs an, das vollkommen in dem deutschen Einheitsstaat aufgehen würde. Im weiteren glaubt der „Tempo“ eine Schwächung in der Anschlußbewegung feststellen zu können. Inwiefern habe man sich auf den Vorwand gefügt, Oesterreich sei in der Form, wie es aus dem Versailles Vertrag hervorgeht, wirtschaftlich nicht lebensfähig und müßte notwendigerweise mit Deutschland vereinigt werden. Die Erfahrung habe jedoch das Gegenteil bewiesen (?), deshalb verlange man jetzt einen Anschluß auf Grund

Englischer Ausbruch gegen Deutschland

Was geht im Foreign Office vor?

Telegramm unseres Korrespondenten

R.F. London, 13. August

Die Nachricht von den geplanten gemeinsamen englisch-französischen Manövern im Rheinland ist zwar von den Militärbehörden bestätigt worden, aber die politischen Reaktionen, von denen man ein Eingreifen hätte erwarten können, hielten sich nach wie vor in Schranken. Diese Gleichgültigkeit, die man als eine Reaktion gegen Deutschland empfinden muß, mag teilweise mit der Ferienzeit und mit der Abwesenheit Chamberlains vom Foreign Office zusammenhängen. Aber man braucht nur den Vergleich mit der Cavell-Hilfsmittelkammer zu ziehen, um zu merken, daß eine tatsächliche Veränderung stattgefunden hat. Damals verstand man in London erstens schnell, welche wichtige Rolle der Fakt in den Beziehungen zwischen den Völkern spielt. Zweitens ist dieses Verständnis offenbar nicht so gut.

Man merkt bei den Diplomaten ihre Unfreundlichkeit nur dadurch an, daß sie nicht sagen. In der Presse finden sich jedoch bessere Zeugnisse: Die rechtskonservative „Morning Post“ gestattete sich heute einen Kommentar zu der Manöverangelegenheit, der geradezu in die Zeit vor Socarno zurückführt. Mit einem Wort, den man mit allem Respekt für das Organ des englischen Hofes nicht anders als unverschämte nennen kann, führt das Blatt folgendes aus: „Wir sind der Ansicht, daß die Proteste deutscher Zeitungen gegen die Rheinlandmanöver weit gefährlicher für den Vorkriegsstatus sind als der Plan selbst, der unsre Freundschaft mit Frankreich deutsch zum Ausdruck bringt. Wenn auch unsre Regierung glaubt, es sei Zeit, daß wir uns mit unsrer früheren Feindschaft versöhnen, so lassen wir uns doch von niemandem einreden, daß wir deshalb die engen Bande vergessen sollten, die uns und unsre Freunde aus der Kriegszeit verbinden. England und Frankreich halten das Rheinland befestigt kraft des Versailler Vertrags und die Zusammenarbeit der beiden Armeen ist durchaus natürlich und unerschütterlich.“ Mit einem aufschreckenden Gedankenstrom fährt der Redakteur fort: „Wir können die Ereignisse von 1914 bis 1918 zwar vergessen, aber nicht vergessen.“ Den Höhepunkt

der Massenaggression und der Gemeinschaft der Sprache. Daraus geht hervor, daß die Anschlußbewegung hauptsächlich ein politisches Ziel verfolgt: Die Bildung eines mächtigen deutschen Blockes in Mitteleuropa.

„Alle diese Umstände müssen in Betracht gezogen werden“, so schließt der „Tempo“ seinen Artikel, „auch wenn man überzeugt ist, daß die österreichisch-deutsche Frage vorläufig nicht akut ist und daß man in Berlin und Wien nicht daran denkt, Europa vor eine vollkommene Katastrophe zu stellen. Der Zeitpunkt, bei dem die Frage in Akut kommt, wird auf jeden Fall für den europäischen Frieden kritisch sein. Aber eine solche Möglichkeit läßt die Deutschen kalt. Die Rede Radbruchs scheint zu bestätigen, daß sie entschlossen sind, bei jeder Gelegenheit einen neuen Punkt ihres Programms zu verwirklichen, von dem sie die Wiederherstellung Deutschlands in seiner früheren Macht erhoffen.“

Ein Prediger in der Wüste

Telegramm unseres Korrespondenten

oh. Paris, 12. August

Armand Charpentier, einer der wenigen französischen Friedensfreunde, die es wagen, gegen die Kriegsschuldfrage und den Versailles Vertrag aufzutreten, veröffentlicht heute in der „Blonde“ einen beachtenswerten Artikel über die Anschlußfrage. Sein Vorschlag ist der, daß der Anschluß Oesterreichs an Deutschland, für den sowohl politische als auch materielle Gründe ins Treffen geführt werden könnten, den Anfang eines Zusammenstoßes aller europäischen Staaten an einer Föderation der Vereinigten Staaten von Europa bilden müsse. Vordringlich könne von einem „Block der lateinischen

aber erreicht diese Logik in der Schlussfolgerung, daß Deutschland „mehr Sinn für Gerechtigkeit und Proportion“ zeigen solle, da die Proteste gegen eine Angelegenheit, die ausschließlich England und Frankreich angehe, der Herstellung guter Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland nur abträglich sein könnte.

Man darf zwar angesichts dieser empfindlichen Ausdrucksweise der „Morning Post“ nicht vergessen, daß dieses Blatt seit seiner kürzlichen Reorganisation viel von seinem früheren Einfluß eingebüßt hat und daß ein Kommentar von dieser Seite nicht charakteristisch ist für die Mehrheit der englischen Öffentlichkeit. Aber der Zeitpunkt, die die außenpolitische Zeitung Englands in der Presse des Reichs findet, wenn sie will, ist es eine ernste politische Angelegenheit, daß in diesem Falle anscheinend jede Abgrenzung fehlt. Kein englisches Blatt dürfte sich heute ungefragt eine solche Sprache erlauben, wenn beispielsweise die Presse Indiens gegen ähnliche Tatsachen protestierte.

Es ist demgegenüber nur ein geringes Gegenwärt, wenn die liberalen „Daily News“ die geplanten englisch-französischen Rheinlandmanöver bedauern und erklären, dieser Vorgang verleihe den Eindruck, daß zwischen London und Paris geheimnisvolle und dunkle Abmachungen beständen. Angesichts der Tatsache, daß die englische öffentliche Meinung seit einiger Zeit für die baldige Aufhebung der Rheinlandbesetzung sei, müßte der Plan der gemeinsamen Manöver auf deutschem Boden als Symbol für eine Veränderung angesehen werden. Das Blatt verlangt, daß die Regierung unverzüglich über die Hintergründe dieser Angelegenheit Aufschluß gebe.

Aber Wahrscheinlichkeit nach wird diese Forderung unerfüllt bleiben. Sir Austen Chamberlain wird dem Foreign Office, wie nunmehr feststeht, für mindestens zwei bis drei Monate fernbleiben, und da auch der bisherige Leiter der außenpolitischen Angelegenheit, Sir William Tyrrell, nicht mehr zur Verfügung steht, ist die englische Außenpolitik in einem wichtigen, wenn nicht kritischen Augenblick sozusagen „verwaist“.

„Staaten“ nicht die Rede sein, da Italien und Spanien unter einer Diktatur ründen. Ein Zusammenschluß von England, Holland, Belgien und der Schweiz habe auf den Widerstand der englischen Konservativen und der belgischen Imperialisten. „Warum soll man nicht mit der Bildung des österrösch-deutschen Blockes beginnen, der infolge seiner geographischen Lage berufen ist, den Kern der Vereinigten Staaten von Europa zu bilden?“ schreibt Charpentier weiter. „Warum sollen Frankreich, die Schweiz und Rußland sich nicht diesem Block anschließen und so einen mächtigen Friedensblock bilden, so daß der polnische, rumänische, serbische, griechische und italienische Imperialismus nicht mehr ins Auge fällt, einen Krieg auszulösen? Und welche prächtige Gelegenheit würde sich dabei finden, den Völkerbund, der heute noch nichts anderes darstellt als eine internationale Pflanze der nationalen Ministerien, in ein richtiges Parlament, in das Parlament der Republik der Vereinigten Staaten von Europa, umzuwandeln.“

Der Tag von Bina

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L. Bina, 12. August. (Durch United Press.)

Die heutige Zusammenkunft der polnischen Befürworter, die, wie man von manchen Seiten befürchtete, durch die Bekräftigung des Anschlusses an Polen gegeben würde, ist ruhig vorübergegangen. Pilsudski berührte nicht die inneren und äußeren Fragen Polens, sondern beschränkte sich auf die Geschichte der polnischen Unabhängigkeitskämpfe. Nur im letzten Satz seiner Ansprache erwähnte er Bina, das, wie er ausdrückte, „seinem Vorgesetzten immer teuer sei“.

1923—1928

Dr. Stresemann fünf Jahre im Amt

Am 13. August waren fünf Jahre vergangen seit dem Tode, da Dr. Stresemann die politische Führung seines Volkes zunächst als Reichskanzler und dann als Reichsaußenminister übernahm. Als Dr. Stresemann damals, nach dem Zusammenbruch der Kohlenkrise und am Vorabend schwerer innerpolitischer Kämpfe, seine Person in die Waagschale warf, schien nichts für ihn zu gewinnen, noch nichts hinter ihm, dürfte er keine glänzende staatsmännliche Karriere erwarten. Vor ihm schienen nur Kränkungen, Schwächungen, Demütigungen und Verleumdungen zu liegen. Schien doch vielen der Untergang des Reiches gewiss und glaubten manche in ihrer Verblendung in dem neuen Minister nur den für alle Seiten verfeindeten Liquidator der deutschen, Bismarckschen Staatsgüter zu sehen.

Die große staatsmännliche Leistung Stresemanns lag aber gerade darin, daß er das Reich, das Bismarck 1871 gegründet, 1923 zusammenhielt, als es auseinanderzufallen drohte. Was Bismarck der Schöpfer des Deutschen Reiches, so Stresemann sein Erhalter. Im Jahre 1888 wurde die bewährte Bahn Bismarckscher Politik verlassen. Im Jahre 1923 lag Stresemann als erster deutscher Außenminister seit dem Rücktritt des Fürsten Kautsky wieder konsequent in die Bahnen Bismarckscher Politik ein.

Es ist nicht notwendig, die einzelnen Wägen Stresemannscher Politik jetzt noch einmal aufzuzählen, nicht notwendig, seine Verdienste noch einmal zu rühmen. Wir möchten dem deutschen Reichsaußenminister nur auch an dieser Stelle unsere herzlichsten Wünsche zu seinem heutigen Jubiläumstage aussprechen, an dem er auf so viele schwere Tage und heiße Kämpfe, aber auch viele glänzende Erfolge zurückblicken kann. Als vor einigen Monaten, gerade kurz nach seinem 50. Geburtstag, ihn schwere Krankheit niederwarf, waren die Augen der ganzen Welt auf sein Krankenlager gerichtet, verfolgten alle Wälder die Entwicklung der Krankheit mit größter Sorge und herzlichster Anteilnahme. Das ist der beste Beweis für die besondere Stellung, die Dr. Stresemann seiner Persönlichkeit und damit auch dem ganzen deutschen Volke, dem er in unablässiger Arbeit dient, zu verschaffen gewußt hat.

Der Glückwunsch des Reichskanzlers

X. Berlin, 12. August. (Durch Funkpruch)

Reichskanzler Müller sandte heute an Reichsminister Dr. Stresemann folgendes Glückwunschtelegramm: „Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, Ihnen anlässlich des fünfsten Jahrestages des Beginns Ihrer Tätigkeit als Vetter der deutschen auswärtigen Politik aufrichtige und herzlichste Glückwünsche zugleich auch im Namen der Reichsregierung auszusprechen. Ihre Tätigkeit im Verlauf dieser fünf Jahre hat Deutschland in seiner Weltstellung um ein gutes Stück vorwärts gebracht. Mit diesen Wünschen verbinde ich die Hoffnung, daß wir Sie alsbald in voller Arbeitskraft und Gesundheit im Reichskabinett begrüßen können.“

Die Einladung nach Paris

Antwort in dieser Woche

B. Berlin, 12. August. (Oh. Traubbericht)

Die offizielle Antwort der deutschen Regierung auf die Einladung Frankreichs zur Unterzeichnung des Kellogg-Pactes ist, wie versandt, noch im Laufe dieser Woche erfolgen. Man rechnet damit, daß der Außenminister auch vor seiner Rückkehr nach Berlin die Entscheidung darüber treffen wird, ob er der Einladung zum 25. August Folge leisten kann.